

Bund Deutscher Rechtspfleger – Landesverband Hessen e. V.
c/o Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, 34117 Kassel

Presserklärung vom 09.08.2017
„Der Rechtsstaat ist auch in Hessen gefährdet!“

Der Deutsche Richterbund (DRB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben in der vergangenen Woche hinsichtlich der Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats Alarm geschlagen. Die in den nächsten Jahren über Polizei und Justiz hereinbrechende Pensionswelle gefährdet nach Auffassung des DRB und der GdP die Stabilität des deutschen Rechtsstaates. Ein starker Rechtsstaat brauche nicht nur deutlich mehr Polizisten, sondern mindestens 2.000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte.

Wie hr-iNFO am 2. August 2017 unter Berufung auf das Hessische Justizministerium und das Oberlandesgericht Frankfurt am Main berichtete („Justiz und Polizei - wie ist die Personalsituation in Hessen?“), fehlen diese Stellen in Hessen nicht. Im Gegenteil, 250 Stellen seien in Hessen dazu gekommen, das seien nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch Mitarbeiter in den Serviceeinheiten, die die Bürger, die z. B. auf ihr Urteil warteten, ganz direkt betreffen.

Alles in Ordnung in Hessen? Nein, diesem Eindruck treten wir ganz entschieden entgegen! Denn in der hessischen Justiz wurden in den letzten Jahren knapp 500 Stellen abgebaut. **Dieser Abbau betraf im Wesentlichen den nichtrichterlichen Dienst.** Trotz der Schaffung von insgesamt 350 neuen Stellen **bleibt immer noch ein Minus von etwa 150 Stellen**, um den ursprünglichen Stand wiederherzustellen. Diese fehlenden Stellen machen sich aktuell in verlängerten Bearbeitungszeiten deutlich bemerkbar. Die Anforderungen an die Bediensteten steigen und die Arbeitsverdichtung nimmt immer weiter zu. Dabei steht fest, dass auch in Hessen aufgrund der Altersstruktur eine sehr große Zahl von Justizbediensteten in den Ruhestand treten wird. Hier rächt sich, dass in Hessen die Ausbildungszahlen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren worden sind. Erst jetzt ist die Politik dazu bereit, auf diese bedrohliche Zukunftsperspektive zu reagieren und hat die Ausbildungszahlen leicht erhöht und einen weiteren Personalabbau gestoppt. Viel zu spät, denn diejenigen, die jetzt ihre Ausbildung oder ihr Studium beginnen, werden den Dienststellen der Justiz erst ab 2020 zur Verfügung stehen. Rechtspfleger gibt es nicht auf dem „freien“ Markt. Hier ist immer ein verwaltungsinternes Studium von drei Jahren erforderlich. Die Versäumnisse der Vergangenheit werden in den nächsten Jahren noch deutlicher sichtbar werden.

Alles in Ordnung in Hessen? Hier muss man ganz klar „Nein!“ sagen.

Lothar Dippel

Vorsitzender
Bund Deutscher Rechtspfleger
-Landesverband Hessen e. V.-

Kontakt

Lothar Dippel
Vorsitzender
E-Mail: lothar.dippel@ag-kassel.justiz.hessen.de
Tel.: +49 (0) 561 912-1543
Fax.: +49 (0) 561 912-2030

Postanschrift

Bund Deutscher Rechtspfleger
Landesverband Hessen e. V.
Lothar Dippel
c/o Amtsgericht Kassel
Postfach 10 19 80, 34019 Kassel